



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

45. Sitzung (öffentlich)

19. Dezember 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 10:00 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1	Sachstand in den Kindesmissbrauchsfällen in NRW und Impulspapier des MKFFI zur Diskussion von Maßnahmen	4
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/1887 Vorlage 17/2047 Vorlage 17/2275 Vorlage 17/2297 Vorlage 17/2679	

- 2 Klimaschutz und Verkehrswende brauchen mehr als Sonntagsreden:
Landesweites und kostenloses Ticket für Kinder und Jugendliche für
Nordrhein-Westfalen** **7**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6591
Ausschussprotokoll 17/778
- Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD mit den
Stimmen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen
der SPD bei Enthaltung der Grünen ab.
- 3 Verschiedenes** **13**
- Sitzungsbeginn der 45. Ausschusssitzung** **13**

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Wolfgang Jörg begrüßt die Anwesenden und stellt die Ausschussassistentin Frau Seifert vor. Sie begleite die Ausschussreise nach Paris.

1 Sachstand in den Kindesmissbrauchsfällen in NRW und Impulspapier des MKFFI zur Diskussion von Maßnahmen

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/1887
Vorlage 17/2047
Vorlage 17/2275
Vorlage 17/2297
Vorlage 17/2679

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) führt aus:

Seit Aufdeckung der Fälle von sexueller Gewalt gegen Kinder in Bergisch Gladbach und Einsetzung der Sonderkommission „Berg“, die zur Aufdeckung weiterer Fälle sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen geführt hat, hatte unser Haus wiederholt Kontakt zu den Landesjugendämtern. Für uns stellt sich die Lage zum gegenwärtigen Zeitpunkt so dar, dass in keinem der bis dato aufgedeckten und uns bekannten Fälle die betroffenen Familien vorher durch das jeweils zuständige Jugendamt begleitet worden ist. Ich sage das mit der deutlichen Einschränkung, dass weder uns noch den Landesjugendämtern der tagesaktuelle Stand der Ermittlungen bekannt ist – die Tagespresse meldete am 12. Dezember 2019 insgesamt 38 Tatverdächtige, davon acht in Nordrhein-Westfalen in Untersuchungshaft – und auch keine Verpflichtung besteht, uns diesbezügliche Informationen zukommen zu lassen. Wie Sie wissen, hat unser Ministerium weder eine Fach- noch eine Dienstaufsicht über die Jugendämter in unserem Land. Es besteht folglich auch keine entsprechende Auskunftspflicht der Jugendämter uns gegenüber.

Trotzdem glaube ich besonders nach den Lehren aus den Missbrauchsfällen in Lügde, dass ein hohes gemeinsames Interesse besteht, Herausforderungen der Jugendämter schnell zu thematisieren und gemeinschaftliche Lösungen zu finden.

Bei allen Unterschieden zwischen den Fällen in Lügde und den nun durch die Sonderkommission „Berg“ aufgedeckten Fällen wird dadurch jedoch leider auch eines bestätigt: Sexueller Missbrauch und sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sind keine Erscheinungen am Rand unserer Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, nachdem sich durch die schnelle Ermittlungsarbeit der Sonderkommission „Berg“ abzeichnete, dass die aufgedeckten Fälle in Ausmaß und Ausbreitung deutlich andere Dimensionen als in den Fällen von Lügde aufweisen, haben wir ein weiteres Gespräch mit Expertinnen aus Fachberatungsstrukturen geführt. Das Gespräch hatte das Ziel, mögliche Maßnahmen zu identifizieren, die sich eignen, Jugendämter in Nordrhein-Westfalen durch Fortbildungen, durch Supervision oder Kriseninterventionsangebote zu unterstützen. Die Maßnahmen sollen sich schnell umsetzen lassen und einen Mehrwert oder eine Ergänzung zu bereits bestehenden Angeboten oder Ansätzen haben.

Auf dieser Basis wird unser Haus zeitnah im kommenden Jahr eine Reihe von Ideen umsetzen. Dazu gehört die Organisation von bis zu zehn regionalen Fortbildungsfachtagen in Nordrhein-Westfalen. Die Fachtage sollen eine größere Anzahl von Fachkräften der öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen erreichen und Informationen dazu beinhalten, wie Missbrauch erkannt und beurteilt werden kann und wie die ersten angemessenen Interventionsmaßnahmen durchgeführt werden sollten.

Die Veranstaltungsreihe soll nach Möglichkeit bereits im Februar starten. Um Jugendämter und deren pädagogische Fachkräfte in den Sozialen Diensten bei akuten Bedarfen und Krisenfällen unterstützen zu können, werden wir einen Pool von qualifizierten Supervisorinnen und Supervisoren einrichten.

Darüber hinaus prüfen wir die Möglichkeit, vorhandene Fortbildungsangebote von Bildungsträgern auszuweiten oder zu intensivieren. Zudem werden wir eine Fördermöglichkeit für Fortbildungen und Fachtage schaffen, die freie und öffentliche Träger der Jugendarbeit in eigener Verantwortung durchführen. Dabei ist es mir besonders wichtig, dass die hier vorgestellten Maßnahmen sich in den laufenden Arbeitsprozess unseres Hauses zur Umsetzung der im Impulspapier genannten Maßnahmen zur Prävention zum Schutz vor und Hilfe bei sexualisierter Gewalt einfügen. Auch hier gilt es – ich denke, da sind wir uns sicher einig –, weder Schnellschüsse noch Aktivismus an den Tag zu legen. Vielmehr sollten wir geplant und überlegt sinnvolle Ergänzungen entwickeln. Ich denke, dies wird mit den eben genannten Maßnahmen gelingen können.

Meine Damen und Herren, Herr Staatssekretär Andreas Bothe hatte Ihnen in der Sitzung am 7. November auch über den Stand zur Einrichtung einer Landesfachstelle berichtet. Wie Sie wissen, habe ich in der Vergangenheit immer betont, dass mit der Errichtung der Fachstelle die bestehenden Strukturen in unserem Land unterstützt werden sollen. Es ist unser Ziel, hier eine möglichst breite, fachlich fundierte und auch akzeptierte Aufstellung der Landesfachstelle zu erreichen. Dafür haben wir eine Reihe von Gesprächen geplant, in denen Sachverständige und Vertreterinnen und Vertreter von Einrichtungen und Organisationen mit unterschiedlicher Expertise entlang des im Impulspapier beschriebenen Aufgabenspektrums der Fachstelle zu Wort kommen. Mit ihnen tauschen wir uns zur Struktur, zur Trägererschaft, zu Arbeitsformen, zu möglichen Kooperationen und weiteren Fragen aus. Mittlerweile hat das erste Gespräch mit landeszentralen Trägerstrukturen und Fachberatungsstellen stattgefunden.

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass uns die Träger geraten haben, den Aufbau stufenweise zu vollziehen und uns vorerst auf wichtige Kernaufgaben zu konzentrieren. Als ganz zentrale Aufgabe der Landesfachstelle sahen die Träger deren Netzungsverweis und Impulsfunktion.

Als Nächstes werden wir im Januar mit landeszentralen Trägern der Kinder- und Jugendarbeit sowie der freien Wohlfahrtspflege über deren spezifische Bedarfe und Wünsche an die Landesfachstelle sprechen. Im Anschluss haben wir schließlich Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Familie und der Landesjugendämter

sowie Vertreterinnen und Vertreter von Jugendämtern zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen.

Ich bin zuversichtlich, dass ich Ihnen nach Abschluss der Gespräche unsere konkreten Vorstellungen zur Einrichtung der Landesfachstelle zur Trägerschaft und Ausstattung darstellen kann. Am 22. November hat zudem die zweite Sitzung der interministeriellen Arbeitsgruppe „Maßnahmen zur Prävention zum Schutz vor und Hilfe bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ unter der Federführung unseres Ministeriums stattgefunden. Gemeinsam mit den anderen Häusern haben wir uns auf notwendige Arbeitsschritte und einen Zeitplan geeinigt und vorerst Arbeitstermine bis zur Mitte des kommenden Jahres festgelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie vielleicht mitbekommen haben, haben Frau Bundesjugendministerin Dr. Giffey und der Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs am 2. Dezember zur konstituierenden Sitzung des „Nationalen Rats gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ eingeladen. Der Nationale Rat soll bis zum Sommer 2021 eine Verständigung über konkrete Ziele und Umsetzungsschritte erarbeiten, um Prävention, Intervention und Hilfen für betroffene Kinder und Jugendliche spürbar zu verbessern. Dazu sollen thematische Facharbeitsgruppen zu folgenden Themenbereichen arbeiten und zweimal im Jahr 2020 sowie einmal im Frühjahr 2021 tagen:

- a) Schutz und Hilfe,
- b) kindgerechte Justiz,
- c) Ausbeutung und internationale Kooperation und
- d) Forschung und Wissenschaft.

Über die Fachministerkonferenz, die JFMK, werden sich auch die Jugendministerien der Länder in den Arbeitsprozess einbringen. Auch wenn der Bund hier insgesamt für die Beteiligung der Jugendministerien der Länder zu wenig Plätze zur Verfügung stellt, nämlich maximal sechs, sehe ich Nordrhein-Westfalen hier in der Pflicht mitzuarbeiten und habe unser Ministerium darum gebeten, gegenüber dem Bund unser Interesse zur Mitarbeit anzumelden. – So weit der Sachstand. Es ist guter Brauch, dass wir Ihnen auch den Sprechzettel zur Verfügung stellen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg informiert über die Konstituierung des Unterausschusses „Kinderschutzkommission“ am gestrigen Tage. Die Obleuterunde habe vereinbart, das Thema nur noch im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend zu behandeln, wenn vonseiten des Ausschusses oder vonseiten des Ministeriums entsprechender Bedarf gesehen werde.

2 **Klimaschutz und Verkehrswende brauchen mehr als Sonntagsreden: Landesweites und kostenloses Ticket für Kinder und Jugendliche für Nordrhein-Westfalen**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6591
Ausschussprotokoll 17/778

(Überweisung an den Verkehrsausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung am 27.06.2019; Anhörung im Verkehrsausschuss am 30.10.2019)

(Margret Voßeler-Deppe [CDU] betritt den Raum mit den Worten: So was geht nicht, Herr Jörg! Das ist unmöglich! Ich weiß nicht, warum wir das machen! – Gegenruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Also, im Moment finde ich es ziemlich unmöglich, was Sie machen!)

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Was Sie hier machen! Wir sind hier in einer Sitzung. Sie können sich hinsetzen.

(Margret Voßeler-Deppe [CDU]: Ich wurde aus dem Gottesdienst rausgeholt!)

– Ja, dazu kann ich doch nichts.

(Margret Voßeler-Deppe [CDU]: Ja, aber ...)

Wir haben in der Obleuterunde diesen Termin vereinbart,

(Zuruf von Margret Voßeler-Deppe [CDU])

mit der Zusage der CDU.

(Margret Voßeler-Deppe [CDU]: Nach dem Gottesdienst! – Weiterer Zuruf von der CDU: Nach dem Gottesdienst!)

– Mit der Zusage! Nicht nach dem Gottesdienst. Wir haben das vereinbart, und wir sind dann noch Ihrem Sprecher entgegengekommen, weil wir ursprünglich zu 9 Uhr geplant haben. Aufgrund Ihrer Intervention haben wir 9:30 Uhr angesetzt. Sie müssen sich mal in Ihren Reihen erkundigen, wer hier welche Zusage trifft, und sich dann bitte bei Ihrem Sprecher beschweren,

(Zuruf von Jens Kamieth [CDU])

aber nicht bei mir oder bei den Kolleginnen und Kollegen, die hier anwesend sind.

(Zuruf: Was ist denn das für eine Art?)

Also, das ist ein unmöglicher ...

(Zuruf von Jens Kamieth [CDU]: ... ist hier sowieso unmöglich, so eine Sitzung zu machen! – Bestätigender Zuruf von Margret Voßeler-Deppe [CDU]: Ja!)

– Ja, aber wenn sich alle darauf verständigen? Dann müssen Sie Ihrem Sprecher sagen: Das machen wir nicht mit. Man kann sich nicht erst darauf verständigen und anschließend sagen: Das geht nicht.

(Margret Voßeler-Deppe [CDU]: Nach dem Gottesdienst, wurde gesagt!)

– Noch mal: Dann ist das ein Kommunikationsproblem innerhalb Ihrer Fraktion, aber nicht innerhalb dieses Ausschusses. Okay.

Das Plenum hat den Antrag in seiner Sitzung am 27. Juni an die ganzen Ausschüsse, die ich gerade schon genannt habe, überwiesen. Der federführende Ausschuss hat am 30. Oktober eine Anhörung durchgeführt. Das Protokoll liegt Ihnen mit der Drucksachenummer 17/778 vor. Wir wollen heute abschließend beraten und ein Votum an den Verkehrsausschuss geben. Gibt es Wortmeldungen?

Jens Kamieth (CDU) Schönen Dank, Herr Vorsitzender. Das ist die erste Gelegenheit, dass ich mich melden konnte, ohne den Herrn Minister oder Sie als Vorsitzenden zu unterbrechen. Ich möchte hier namens der CDU-Fraktion noch mal ausdrücklich unsere Verärgerung deutlich machen. Es war tatsächlich vereinbart, dass wir uns unmittelbar nach der Andacht hier treffen. Ich weiß, dass viele von uns regelmäßige Besucher der Donnerstagsandachten sind. Es war immer Grundvoraussetzung, dass wir die Andacht bis zum Ende genießen können. Deswegen war ich natürlich auch nicht zu Beginn der Sitzung hier; deswegen ist das jetzt die erste Möglichkeit, mal diesen Ärger und das Unverständnis deutlich zu machen. Das war immer Grundvoraussetzung.

Ich hatte beispielsweise auch in irgendeiner Einladung, in dem ersten Entwurf, noch in Klammern den Zusatz „unmittelbar nach der Andacht“ gesehen. Deswegen sind wir schon einigermaßen darüber irritiert – ich war, glaube ich, um 9:35 Uhr hier –, dass wir tatsächlich offensichtlich um 9:30 Uhr angefangen haben. So war das nicht vereinbart.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ich möchte noch mal darauf hinweisen ...

(Raphael Tigges [CDU]: Der Kollege Müller sitzt auch noch in der Andacht, oder? Vielleicht kommunizieren Sie das auch bei Ihnen! – Zuruf von der CDU: Genau, der sitzt noch da! – Gegenruf von Volkan Baran [SPD]: Wir waren alle hier!)

– Gar keine Frage! Noch mal: Es geht mir doch gar nicht darum ...

(Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz grundsätzlich kann es nicht sein, wenn wir sagen, wir machen kurz vor dem Plenum eine Sondersitzung, weil wir keine reguläre machen wollen, zu sagen: „Ja, wir nehmen den Termin am zweiten Plenartag“ ...

(Zurufe von der CDU: Unmöglich!)

– Noch mal: Das ist die Einigung in der Obleuterunde gewesen.

(Jens Kamieth [CDU]: Nach der Andacht!)

In der Obleuterunde gab es diese Einigung. Wenn wir sagen, wir wollen das nicht um 9 Uhr machen ... Weil die Andacht startet, haben wir gesagt, wir machen es um 9:30 Uhr. Hätten wir das am Ende der Andacht gemacht, dann hätten wir heute gar keine Sitzung machen können.

(Raphael Tigges [CDU]: Das stimmt doch nicht! Komm!)

So. Dann kann nur die Regel gelten: Wenn eine Andacht ist, machen wir keine Ausschusssitzung. Dann hätten wir aber eine reguläre gehabt. Ich will das nur sagen.

(Unruhe bei der CDU)

Hier macht keiner etwas aus der Luft gegriffen, sondern das war Absprache mit allen Obleuten. Ich sage das noch mal deutlich. Wir können nicht um 10 Uhr mit einer Sitzung anfangen.

(Heike Troles [CDU]: Aber Viertel vor zehn! – Unruhe bei der CDU)

So, jetzt ist aber Dr. Maelzer dran. Bitte.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich finde das hochgradig bemerkenswert.

(Zuruf: Ja, wir auch!)

Es gibt Möglichkeiten, wenn man mit der Tagesordnung oder der Abfolge nicht einverstanden ist, das am Anfang der Sitzung anzusprechen. Eine Kollegin der CDU war da. Von daher hätten Sie an der Stelle intervenieren können.

Aber ganz abgesehen davon ist es auch absolut unmöglich, die Debatte an dieser Stelle zu führen. Dafür gibt es dann den Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“. Wir sind hier in der inhaltlichen Beratung eines Antrags und nicht beim Club der verletzten Seelen der CDU.

Ich möchte an einer Stelle auch ganz gerade werden: Wenn da in Richtung der Sozialdemokraten „gottloses Volk“ geraunt wird,

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

dann weise ich das als unglaubliche Entgleisung zurück.

(Volkan Baran [SPD]: Unverschämtheit! – Zuruf von der SPD: Ja!)

In der Sozialdemokratie gibt es Menschen, die einer Konfession angehören, und es gibt Konfessionslose. Aber wir sind mit Sicherheit kein gottloses Volk. Solche Beschimpfungen muss ich mir von angeblichen Christdemokraten in dieser Runde nicht anhören.

(Beifall von Volkan Baran [SPD])

Ganz abgesehen davon hatten wir eine gemeinsame Verabredung in der Obleuterunde. Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. Die Tagesordnung haben Sie gesehen. Sie hätten dann auch im Vorfeld intervenieren können, anstatt sich an dieser Stelle so aufzuführen.

Ich weiß ja nicht, ob die CDU gestern auch Weihnachtsfeier hatte.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Vielleicht sind das ein Stück weit Nachwirkungen. Aber auf jeden Fall ist das Verhalten, was Sie hier an den Tag legen, absolut ungehörig.

Aber jetzt würde ich schrecklich gerne zu unserer Tagesordnung und zu den Inhalten zurückkommen, in der Hoffnung, dass wir uns dazu vielleicht sachlich austauschen können.

Ich wollte und will es mit diesem Antrag auch gar nicht intensiv machen. Aber es geht in diesem Antrag um Klimaschutz, es geht um den kostenfreien Zugang von Kindern und Jugendlichen zu ÖPNV-Angeboten. Wir haben ein strittiges Verfahren vorgeschlagen, nämlich zuerst einmal die jüngeren Kinder bis 14 Jahre zu berücksichtigen und im Verlauf eine Erweiterung zu ermöglichen.

(Unruhe bei der CDU)

Wenn Sie mit jungen Menschen sprechen, dann wissen Sie, dass das Thema „Mobilität“ immer eines der wichtigsten und zentralsten Punkte ist, den junge Menschen ansprechen. Das bestätigen uns ja auch der Landesjugendring und all seine Mitgliedsorganisationen, die das Thema immer wieder auf die Tagesordnung setzen.

(Unruhe bei der CDU)

Wir glauben, dass wir mit diesem Antrag Schritte in die richtige Richtung gehen würden und bitten aus diesem Grund nicht nur um Aufmerksamkeit, sondern auch um Zustimmung.

Jens Kamieth (CDU): Entschuldigung, es ist jetzt die Gelegenheit, erstmals darüber zu sprechen. Zu Beginn ...

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Wir haben ja gleich noch den Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“.

(Zuruf: Machen Sie es doch bei „Verschiedenes!“)

Dann machen wir das weiter. Lass uns jetzt mal eben diesen Antrag hier behandeln und dann machen wir weiter.

Jens Kamieth (CDU): Wir haben doch jetzt angefangen, jetzt können wir es auch zu Ende bringen, Herr Vorsitzender.

(Zurufe und Unruhe)

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Jetzt ist es gut. Ich habe dir gerade die Möglichkeit geben und es toleriert. Aber wir sind jetzt inhaltlich bei TOP 2. Gleich sind wir bei „Verschiedenes“. Dann können wir das „abräumen“.

Jens Kamieth (CDU): Wir lehnen den Antrag ab, wir können zur Abstimmung kommen.

Josefine Paul (GRÜNE): Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich finde es sehr, sehr unglücklich, dass wir jetzt nicht mehr inhaltlich über diesen Antrag diskutieren können, weil wir uns gemeinsam darauf verständigt haben, das Verfahren auf heute Vormittag zu verschieben. Das erweist sich jetzt im Nachhinein betrachtet als Fehleinschätzung. Wir hätten diese Sitzung, die wir aufgrund von zwei Tagesordnungspunkten auf den heutigen Tag verschoben haben, nicht auf den heutigen Tag verschieben sollen.

(Jens Kamieth [CDU]: Herr Vorsitzender, wir reden jetzt ...)

– Ich will nur inhaltlich begründen, warum ich es schade finde, dass wir es nicht mehr inhaltlich diskutieren können!

(Jens Kamieth [CDU]: Dann diskutiere doch inhaltlich!)

– Ich habe keine Lust, jetzt in zehn Minuten noch inhaltlich zu diskutieren, wenn du als einzigen Punkt noch sagst: Wir lehnen es ab, weil ich eigentlich gern über die Andacht diskutieren möchte.

(Volkan Baran [SPD]: Unglaublich!)

Ich will nur sagen, es ist schade, dass wir darüber nicht mehr inhaltlich sprechen können. Ich finde, dieser Antrag hätte es durchaus verdient gehabt, sich inhaltlich noch mehr darüber auszutauschen.

Wir als Grüne haben eine differenzierte Meinung zu diesem Antrag. Wir teilen das Ziel, dass der ÖPNV günstiger bis hin zur Kostenfreiheit für Kinder und Jugendliche sein muss. Uns fehlt allerdings eine nachvollziehbare Schrittigkeit auch bei der Finanzierung in den Einstieg des kostenlosen ÖPNV. Deswegen werden wir uns zu diesem Antrag enthalten. Aber ob ich das jetzt gesagt habe oder nicht, interessiert, ehrlich gesagt, nur noch das Protokoll, Jens.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Wir werden den Antrag aus folgendem Grund ablehnen: Sie haben gerade die Mobilität von jungen Leuten angesprochen. Insbesondere in der Anhörung hat die Vertreterin der Landesschülervertretung sehr deutlich gemacht, worum es geht, nämlich darum, zum Beispiel mal von Viersen nach Düsseldorf zu fahren, um am Rhein zu spazieren. Das kann man zwar individuell nachvollziehen, aber das sind für uns keine überzeugenden Argumente gewesen, um die Bedenken, die alle Vertreter der Verkehrsverbände angebracht haben, zu entkräften. Auch die Vertreter aus Dortmund oder von sonst woher haben sehr deutlich gemacht, dass die Kosten und der Aufwand für die Ressourcen, die dafür zur Verfügung gestellt werden müssten – also Subunternehmer, die zusätzliche Busse einbringen müssten

etc. –, so viel höher sind, dass sie in keinem Verhältnis zu einem individuellen Bedürfnis stehen, wie von Viersen nach Düsseldorf zu fahren, um am Rhein zu spazieren. Das war sehr überzeugend in der Anhörung. Das kann man auch in einer Minute zusammenfassen. – Danke.

Alexander Brockmeier (FDP): Damit Josefine glücklich ist, will ich auch noch kurz inhaltlich begründen, warum wir ...

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ist das mein Antrag? Aber wir als Parlament sollten das ernst nehmen!)

– Ja.

Ich will auf zwei inhaltliche Punkte eingehen. Einmal geht es um das Argument von Herrn Maelzer. Er sagte, dass das ein Beitrag zum Klimaschutz ist. Ich würde gern die Gegenfrage stellen, welches 14jährige Kind ein Auto hat. Ich glaube, dass das kein konkreter Beitrag zum Klimaschutz ist.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– Ja! Ja, genau!

Viel wichtiger, um junge Menschen zur Nutzung des ÖPNV zu bewegen, ist es, einen attraktiven ÖPNV zu gestalten. Die jungen Menschen, die aktuell den ÖPNV nutzen, machen eher schlechte Erfahrungen und sind froh, wenn sie nicht mehr auf den ÖPNV angewiesen sind. Viel wichtiger als in ein kostenloses Ticket zu investieren ist es, in den ÖPNV und auch in alternative Mobilität zu investieren, wie wir es mit verschiedenen Programmen machen. Das haben wir ja auch schon mehrfach in verschiedenen Runden diskutiert. Aber ich glaube nicht, dass das der richtige Weg ist.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor. Ich komme zur Abstimmung.

(Zuruf)

Wer dem Antrag der SPD folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von FDP, CDU und AfD. Wer enthält sich? – Das ist die grüne Fraktion.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Grünen ab.

3 Verschiedenes

Sitzungsbeginn der 45. Ausschusssitzung

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Für alle Mitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich noch mal sagen, die Tagesordnung ...

(Unruhe)

– Können Sie mir noch mal einen Moment folgen? – Ich habe die Tagesordnung am 9.12. zur Benehmensherstellung an die Obleute geschickt, also vor zehn Tagen. Hätte es Bedenken gegeben – Sie kennen mich doch! –, wäre ich der Letzte, der nicht gesagt hätte: Okay, dann müssen wir da irgendwas verändern. – Da es aber zwischen den Obleuten schon abgesprochen war und es keine Bedenken gegen diese Tagesordnung gab, haben wir die Sitzung natürlich zu 9:30 Uhr angesetzt. Hätten Sie vorher irgendwelche Bedenken geäußert, hätten wir immer darüber reden können. Aber wenn es keine Bedenken gibt, wenn es eine Benehmensherstellung gibt,

(Unruhe bei der CDU)

liebe Kolleginnen und Kollegen, dann muss ich davon ausgehen, dass alle damit einverstanden sind. Das ist doch logisch. Was soll ich denn anderes machen?

Also, da solch eine Sitzung eine gewisse Ordnung braucht, haben wir die Ordnung auf jeden Fall eingehalten.

Jens Kamieth (CDU): Zunächst, Herr Vorsitzender, haben Sie in meinen Augen bei einem Wortbeitrag vorhin die Rolle als Vorsitzender verlassen.

(Zuruf: Was?)

Sie haben hier kritisiert, dass wir uns in der CDU-Fraktion nicht abstimmen würden. Das steht Ihnen als Vorsitzendem nicht zu.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ich habe gesagt, Sie haben ein Kommunikationsproblem innerhalb der Fraktion.

Jens Kamieth (CDU): Genau.

(Zuruf von der CDU)

Das steht Ihnen als Vorsitzender nicht zu. – Im Übrigen möchte ich, was die Kommunikation betrifft, dann doch mal sehr herzlich auf die Mail von Herrn Jäger vom 28.11. verweisen. Herr Jäger arbeitet aus unserer Sicht sehr zuverlässig und ordentlich und hat unsere Bedenken tatsächlich verschriftlicht, indem er geschrieben hat: Im Auftrag des Vorsitzenden teile ich daher mit, dass die unten genannte Sitzung – fett! – im unmittelbaren Anschluss, ca. 9:30 Uhr, beginnen soll. – Das war Grundlage unserer Vereinbarung, die wir hier getroffen haben.

Dadurch, dass Sie dann tatsächlich eine andere Einladung verschickt haben, in der 9:30 Uhr steht, wie hier auch „ca. 9:30 Uhr“ steht, haben Sie nicht den Boden unserer Vereinbarung verlassen, dass die Sitzung im unmittelbaren Anschluss stattfinden soll. Da steht es schwarz auf weiß und ist verschriftlicht worden.

Noch eine abschließende Bemerkung zum Kollegen der SPD: Hier jetzt mit einer Weihnachtsfeier zu operieren, ist Klamauk. Das ist auch dem Ernst der Andacht nicht angemessen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ich habe eigentlich erwartet, dass eine Entschuldigung für das „gottlose Volk“ kommt!)

Deswegen müssen wir das wirklich zurückweisen. Aber ich glaube, Sie hatten gestern Weihnachtsfeier. Wer mit einem Finger auf andere zeigt, zeigt mit drei Fingern auf sich. Ich glaube, damit sollten wir es bewenden lassen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir halten mal fest: Der Hinweis kam von der CDU-Fraktion. Ich hatte diesen Hinweis nicht zur Kenntnis genommen. Die Einladung war daraufhin zu 9:30 Uhr. Dieses Benehmen wurde hergestellt. Da hätte man noch mal intervenieren können. Da ist also etwas schief gelaufen. Natürlich hätte man da noch mal intervenieren können. Es ist jetzt so wie es ist. Wir haben die Sitzung auch noch relativ pünktlich zu Ende geführt.

(Zuruf)

Für mich ist es eine Erfahrung mehr, dass man, wenn Andacht ist, jetzt grundsätzlich keine Veranstaltungen vorher mehr macht. Das ist also nicht möglich. Wir hätten eine extra Sitzung anberaumen müssen. Das wäre, glaube ich, besser gewesen; denn wie lange die Andacht dauert, kann niemand wissen. Das ist immer ...

(Raphael Tigges [CDU]: Doch!)

– Nein, das ist gerade mit den Musikbeiträgen usw. immer unklar.

(Raphael Tigges [CDU]: Das weiß doch jeder! Das ist eine Dreiviertelstunde!)

Wir haben doch die Situation, dass das Plenum um 10 Uhr beginnt. Da gibt es ja nicht nur für regierungstragende Fraktionen eine Anwesenheitspflicht. Diese halbe Stunde brauchten wir schon. Das wäre anders kaum möglich gewesen, weil sich das natürlich beispielsweise auch nach dem Bericht des Ministers gerichtet hat. Also, wir machen das nicht mehr. Ende Gelände!

Ich wünsche Ihnen allen trotzdem eine schöne Weihnachtszeit und jetzt ein hoffentlich schnelles Plenum.

gez. Wolfgang Jörg
Vorsitzender